

lichen Verfall politischer Urteilskraft vor“ (208, 220).

Doch hat Norbert Elias in seinen *Studien über die Deutschen* einen Deutungsversuch angeboten für die „Be-reitschaft, aktuelle Formen der Unterdrückung als Vorboten eines zweiten Faschismus zu deuten“, der die Auseinandersetzung gelohnt hätte: Infolge der spezifischen deutschen Vergangenheit sei, Elias zufolge, der Generationskonflikt „vor allem als ein sozialer Konflikt“ ausgebrochen. Im Begriff des Faschismus sei das Bild „der nationalen Väter und Großväter“ mit dem Bild der „gegenwärtig herrschenden“ bürgerlichen Generationen verschmolzen zum Gegenbild bei der Suche nach einer neuen Sinngebung. Nimmt man zu diesem Erklärungsansatz Demonstrationserfahrungen hinzu wie die im *Kursbuch* 12 beschriebenen (*Der nicht erklärte Notstand. Dokumente und Analysen eines Berliner Sommers*), dann wird der Schritt von der konkreten Kritik zur diffusen Pauschaldiagnose „Faschismus“ (vgl. 216, Anm. 345) nicht richtiger, aber weniger erstaunlich.

Laut Greven verband die systemoppositionell denkende Minderheit nur sehr wenig mit der systemimmanent orientierten Mehrheit Protestierender – außer, dass letztere anlassbezogen von ersterer mobilisiert werden konnte (vgl. bes. 234). Doch es gab noch eine weitere, längerfristige Wirkung auf „kritische“ (besonders, aber nicht nur, jüngere) Wissenschaftler, die für einen Reformschub plädierten: „Ohne die radikalen Maximalforderungen“, so der SPIEGEL 1969, „wäre kaum eine Diskussion darüber in Gang gekommen, dass die Wissenschaften ihre Position innerhalb der Gesellschaft ständig neu durchdenken müssten.“ Das lässt

sich gerade für unsere Disziplin zeigen. Die beispielhafte Nennung eines einzigen Beitrags – Peter von Oertzens „Freiheitliche demokratische Grundordnung und Rätesystem“ (1969) – mag illustrieren, dass sich seit Ende der 60er Jahre „Bonn-abhängige“ Forschungspositionen (Klaus Günther) auch entfalteten in Reaktion auf Inhalte systemoppositionellen Denkens, die als produktive Herausforderung begriffen wurden.

Rainer Eisfeld

Heil, Reinhard, und Andreas Hetzel, Dirk Hommrich (Hrsg.). *Unbedingte Demokratie. Fragen an die Klassiker neuzeitlichen politischen Denkens*. Baden-Baden. Nomos 2011. 245 Seiten. 39 €.

Der Hauptrichtung der gegenwärtigen Diskussion um Fragen transnationaler Ausweitung der Demokratie steuert dieses Buch entschlossen entgegen. Es geht nicht von sicheren Grundlagen „der“ Demokratie aus, um sie auf deren globale Erweiterbarkeit hin zu prüfen, sondern ist von der Überzeugung getragen, sie stünden mehr denn je auf dem Spiel. Statt darin aber nur eine Schwäche zu sehen, fragen die Herausgeber, ob nicht gerade im Fehlen einer unerschütterlichen Grundlage der Demokratie dasjenige liegt, was sie (in den meisten ihrer Spielarten) als eine heute angemessene Form politischen Lebens auszeichnet, die sich dadurch erst als „offene“ erweist, dass sie nicht verleugnet, letzter Gründe und Gewissheiten zu entbehren (107, 116). In diesem Sinne schreiben sich die Autoren dieses Bandes in eine unter anderem von Lacoue-Labarthe und Nancy angestoßene Debatte um den Rückzug des

Politischen und um eine Radikalisierung des Demokratischen ein, die einer angeblich weitgehend normalisierten Politik entgegengesetzt wurde, die das Politische paradoxerweise zum Verschwinden bringe und insofern geradezu als eine Form der Depolitisierung zu verstehen sei. Diese Diagnose sollte dazu beitragen, das Politische wieder zum Vorschein zu bringen und eine de-politiserte Politik daran zu erinnern, wodurch sie eigentlich ihren Namen verdient: dass sie sich radikalen, unaufhebbaren Konflikten aussetzt, die sich auch in das Korsett einer normalisierten Streitkultur nicht zwängen lassen. Diesem Gedanken scheinen die meisten Autoren verpflichtet: Wirklich demokratisches Leben ist solchen Konflikten nicht nur rückhaltlos ausgesetzt, es setzt sich ihnen auch – unbedingt – aus und bejaht sie (7 f.), auch auf die Gefahr hin, von ihnen dramatisch überfordert zu werden, wenn sie sich antagonistisch zuspitzen. Im Sinne einer solchen Bejahung soll es um eine „Vertiefung des demokratischen Projekts“ (Mouffe) gehen (162), dessen Zielrichtung sich allerdings nicht ganz so unvertraut ausnimmt wie die Rede von einer „unbedingten“ Demokratie: Es handelt sich um die „emanzipative“ Sicherstellung allgemeiner Partizipation im Sinne von Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und größtmögliche Inklusivität (79). Aber hat nicht jede Einbeziehung Anderer ihre exklusive Kehrseite (65)? Werden nicht immer auch Subjekte von Ansprüchen ausgeschlossen oder nicht beachtet, die gar nicht erst dazu kommen, um deren Geltung zu streiten, weil es ihnen nicht einmal möglich ist, Andere wenigstens anzusprechen? Kann eine unbedingte Demokratie jemals versprechen, *allen* Gehör zu verschaffen? Oder verharrt das

demokratische Projekt für immer im Advent dessen, was es in Aussicht stellt, aber niemals wirklich einlöst? Was kann eine Kritik der Demokratie, die darauf mit Derrida aufmerksam macht, noch im Sinne Benjamins „retten“ (9) oder wenigstens einem politischen Handeln auftragen, das eine Beserung beklagter Verhältnisse sollte versprechen können? Woher röhrt überhaupt dieses „Versprechen“? Gibt es das Politische in diesem Sinne etwa seit Machiavelli oder seit Locke (55 f.)? Wäre dann die ganze Tradition der Politischen Theorie fehlgeleitet, die von der „Entstehung des Politischen bei den Griechen“ (Meier, Finley etc.) ausgeht? Wenn diese Fragen nicht in einen bloßen Wortstreit münden sollen, muss man klären, was jeweils unter „dem Politischen“ verstanden wird. Im zitierten Band haben wir es vor allem mit negativen Bestimmungen zu tun: Ihn fehlt eine zentrierte Macht (Lefort) sowie ein vorgegebenes Worumwillen, das festlegen würde, worum es uns in politischen Auseinandersetzungen gehen muss oder sollte. Auf diese Weise verurteilt es uns offenbar zu einer unaufhebbaren Nichtübereinstimmung in dieser Frage. Gleichwohl wird suggestiv immer wieder auf „menschliche“ Ziele Bezug genommen – bis hin zur Utopie eines „humanen Wohnortes“ (11, 32 f., 46, 193), die wohl deshalb ins Spiel kommt, weil die dem Buch zugrunde liegende Tagung im Ludwigs-hafener Ernst-Bloch-Zentrum stattgefunden hat. Dieser kontingente Umstand tangiert allerdings die sich mehr oder weniger durch alle Beiträge hindurch ziehende systematische Schwierigkeit: Wie soll ein letzter Grunde entbehrendes, aber zu unaufhebbaren Auseinandersetzungen zwingendes demokratisches Leben, in dem man ur-

sprünghlich „nichts“ miteinander gemeinsam hat als das Verurteiltsein zum Konflikt, je auskommen ohne (doppelsinnig) *geteilte* Orientierungen auf das hin, worumwillen demokratisches Leben stattfinden soll? Dieses „nichts“ reduziert sich bei Nancy auf ein bloßes *Mitsein*, das uns nur dadurch verbinden soll, dass es zu zwieträchtiger Auseinandersetzung zwingt, wie man sie von Heraklit über Patočka bis Sternberger zu denken versucht hat. Doch daraus geht nicht hervor, inwieweit man ein polemogenes Leben auch bejahen kann und warum man sich *ihm* nicht nur *unvermeidlich ausgesetzt* begreifen, sondern *sich ihm auch aussetzen sollte*, selbst auf die ständige Gefahr hin, sich dadurch in unauflösbarer Konflikte zu verstricken. Wie sollte eine offene Gesellschaft ihr „unbedingtes“ Aufgeschlossensein je bewahren können, wenn nicht darauf zu bauen wäre, dass sie als radikal „aufgeschlossene“ auch in das demokratische Selbstverständnis derer eingeht, die sie in ihren praktischen Lebensformen ertragen müssten? Kommt damit nicht wieder eine kommunitäre Dimension des Politischen ins Spiel (138), von der sich die sogenannten radikaldemokratischen Theoretiker so weit wie nur möglich entfernt halten, weil sie nichts so sehr fürchten wie die Rückkehr zu einer Gemeinschaft, die sich (selbst im Namen ihrer hoch gehaltenen „Offenheit“) abschließt gegen Fremde, denen sie niemals eine unbedingte Gastlichkeit entgegenbringen wird? Ein noch so radikaldemokratischer Diskurs läuft am Ende Gefahr, *in der* von ihm betriebenen Apologie des Politischen seinerseits merkwürdig unpolitisch zu verfahren (167), wenn er der Frage ausweicht, ob sich zwischen dem verlangten Aufgeschlossensein demokratischen

Lebens für unbedingte Ansprüche selbst Fremder (72) einerseits und einer solchen Gemeinschaft andererseits nicht noch dritte Wege denken ließen. Auf viel versprechende Weise eröffnet dieser lesenswerte Band die Schriftenreihe *Zeitgenössische Diskurse des Politischen*, ohne sich im zerklüfteten Gelände einer radikalen Rhetorik zu verlieren, die ihr erklärt Ziel – die Rehabilitierung des Politischen – ironischerweise ihrerseits zu depolitisieren neigt, wenn sie diese Fragen nicht aufgreift.

Burkhard Liebsch

Thöndl, Michael. *Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „Konservativen Revolution“*. Leipzig. Leipziger Universitätsverlag 2010.
221 Seiten. 36 €.

Der Begriff der „Konservativen Revolution“ ist durch die enge Verzahnung zwischen politischer Reichweite und wissenschaftlicher Theoriebildung schwer auf einen Punkt zu bringen. Zumeist bleibt die Diskussion im deutschen Kontext verhaftet, da sich die Frage nach der geistigen Wegbereitung des Nationalsozialismus aufdrängt. Im Unterschied zu vielen anderen Denkern konnte Oswald Spengler als wichtiger Exponent auch im Ausland, vor allem in Italien, Beachtung finden. Michael Thöndl, in Wien lehrender Ideengeschichtler und Italienkenner, verwandte in seiner Monographie auch Archivmaterial, um der Rezeption Spenglers in Italien auf den Grund zu gehen. Immerhin kannten und schätzten sich Oswald Spengler und der „Duce“ Benito Mussolini, was weiterführende Fragen aufwirft. Michael Thöndl geht es zunächst nach einem kurzen biographischen Abriss